
Einfache Anfrage Müller-St.Gallen / Tsering-St.Gallen vom 26. März 2008

Situation in Tibet

Schriftliche Antwort der Regierung vom 29. April 2008

Clemens Müller-St.Gallen und Angela Tsering-St.Gallen erkundigen sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 26. März 2008 nach der Bereitschaft der Regierung, in den Kontakten mit chinesischen Offiziellen, namentlich auch im Rahmen des Sino-swiss Management Training Programms des Instituts für öffentliche Dienstleistungen und Tourismus an der Universität St.Gallen, auf die Solidarität der St.Galler Bevölkerung mit dem Volk von Tibet hinzuweisen und eine unabhängige Untersuchung der aktuellen Vorgänge in Tibet, die Einhaltung der Menschenrechte und die Aufnahme des Dialogs mit dem Dalai Lama anzumahnen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Nach Art. 54 der Bundesverfassung (SR 101) sind die auswärtigen Angelegenheiten Sache des Bundes. Was die Beziehungen der Schweiz zur Volksrepublik China bzw. die Haltung der Schweiz zur aktuellen Situation in Tibet angeht, sind für die Regierung somit die entsprechenden Verlautbarungen der Bundesbehörden massgeblich. Dabei ist von folgenden Rahmenbedingungen auszugehen: Die Volksrepublik China ist ein von der Eidgenossenschaft anerkannter Staat, mit dem diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen unterhalten werden. Die Volksrepublik China ist seit 2002 der wichtigste Handelspartner der Schweiz in Asien, was durch regelmässige hochrangige gegenseitige Besuche auch auf der politischen Ebene verdeutlicht wird. Das Themenspektrum der offiziellen Kontakte umfasst die Politik, Wirtschaft, Migration, Wissenschaft und Technologie, Bildung, Gesundheit, Tourismus und Kultur. Seit 1991 führen die beiden Staaten einen Menschenrechtsdialog. Am 25. September 2007 wurde zwischen der Schweiz und der Volksrepublik China ein Memorandum of Understanding zur Intensivierung der politischen Konsultationen und zur weiteren Vertiefung der bilateralen Beziehungen abgeschlossen.

Die Schweiz anerkennt Tibet als eine Region der Volksrepublik China mit einem Autonomiestatut für die Bevölkerung. Administrativ gilt Tibet als chinesische Provinz. Als Teil eines Staates kommt Tibet völkerrechtlich keine Souveränität zu. Folglich unterhält die Schweiz auch keine diplomatischen offiziellen Kontakte mit den tibetischen Lokalbehörden. Aufgrund ihrer humanitären Tradition nahm die Schweiz seit den 1950er Jahren eine grosse Zahl tibetischer Flüchtlinge auf, die sich zum Teil auch im Kanton St.Gallen niedergelassen haben. Sie und ihre Nachkommen bilden heute die zweitgrösste tibetische Gemeinschaft ausserhalb Asiens. Ihre starke Präsenz und die Integration in das politische Leben der Schweiz haben dazu geführt, dass die Situation in Tibet in der Schweiz mit grossem Interesse beobachtet wird. Das besondere Augenmerk gilt dabei sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und menschenrechtlichen Fragen. Das Thema Tibet kommt regelmässig im erwähnten Menschenrechtsdialog zur Sprache.

Der Bundesrat hat die Gewaltakte Mitte März 2008 gegen Demonstranten in Tibet, die Todesopfer gefordert haben, verurteilt. Er erinnerte daran, dass die Einhaltung der Menschenrechte von zentraler Bedeutung ist. Die Schweiz rief die chinesischen Behörden auf, von jeglicher unverhältnismässigen Gewaltanwendung abzusehen, und die Menschenrechte – insbesondere das Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf freie Meinungsäusserung – zu respektieren. Alle inhaftierten Personen müssten im strikten Einklang mit den entsprechenden internationalen Menschenrechtsnormen behandelt werden. Der Bundesrat erachtet es als unerlässlich, dass die chinesischen Behörden den Dialog mit der tibetischen Gemeinschaft suchen, um die

Situation der Menschenrechte in Tibet zu verbessern und eine nachhaltige und friedliche Lösung der Tibetfrage zu ermöglichen.

Auch die St.Galler Regierung ist über die Ereignisse in Tibet bestürzt und steht uneingeschränkt hinter der Haltung und den Forderungen des Bundesrates. Die Regierung hat bei Empfängen diplomatischer und konsularischer Vertreter der Volksrepublik China im Kanton St.Gallen regelmässig auf die Bedeutung der Menschenrechtsfragen in den bilateralen Beziehungen hingewiesen. Darüber hinaus hat die Regierung auf Anfrage der Bundesbehörden in den vergangenen Jahren mehrmals hochrangige chinesische Delegationen im Kanton St.Gallen empfangen, die im Rahmen des Menschenrechtsdialogs die Schweiz besuchten. Dabei wurde die Gelegenheit genutzt, den Gästen das westliche Prinzip der rule of law und die grosse Bedeutung der Wahrung der Grundrechte in der schweizerischen Rechtsordnung näher zu bringen, dies immer im Respekt vor den unterschiedlichen Traditionen und Wertordnungen der Schweiz und Chinas. Die Regierung ist überzeugt, dass weniger formelle Proteste und Ermahnungen, die von den chinesischen Offiziellen als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik China interpretiert werden, als vielmehr ein subtiles Vertrautmachen mit westlichen Denkweisen namentlich in Menschenrechtsfragen, und Wertordnungen im Rahmen der Kontaktmöglichkeiten, die der Regierung offen stehen, zielführend sein können.

Das Mandat, für welches das Institut für Öffentliche Dienstleistungen und Tourismus der Universität St.Gallen (IDT-HSG) verantwortlich zeichnet, umfasst die Phase 3 des «Sino-Swiss Management Training Programme in the Public Sector of China» (nachfolgend SSMTTP). Diese Phase 3 dauert fünf Jahre (von 2004 bis und mit 2008). Im Programm betreffend Staatsvertrag zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft (vertreten durch das DEZA) und der Volksrepublik China (vertreten durch das CTCSPMO) ist festgehalten, dass während dieser Zeit insgesamt rund 600 Personen entsprechende Kurse durchlaufen werden. Im Regelfall umfassen die Gruppen dabei 20 bis 25 Personen; die einzelnen Gruppen unterscheiden sich funktional, hierarchisch und teilweise geographisch voneinander. Vereinzelt handelt es sich aber auch um kleinere Gruppen von ca. 10 Personen oder aber um Einzelpersonen, die an akademischen Austauschprogrammen teilnehmen.

Deklariertes Ziel des SSMTTP ist es, die eingeleiteten Reformen der öffentlichen Verwaltung der Volksrepublik China in ihrer Umsetzung zu unterstützen, dies indem Kapazitäten in Sachen Personalmanagement, Personalentwicklung und Ausbildung im öffentlichen Sektor auf- und ausgebaut werden und Fachwissen im Bereich Public Management vermittelt wird. Hierzu werden massgeschneiderte Ausbildungsprogramme geboten, welche Seminare, Referate, Erfahrungsaustausche und praktische Einblicke in Unternehmen, Organisationen und öffentliche Verwaltungen umfassen.

Die Kurse richten sich entsprechend danach, den im Staatsvertrag definierten Zielen und Inhalten Folge zu leisten. Es handelt sich daher in erster Linie um ein Ausbildungsprogramm, das fachlichen Ansprüchen zu genügen hat. Da die diversen Gruppen u.a. Verwaltungs- und Regierungsstellen des Bundes (EDA, DEZA), der Kantone St.Gallen und Zürich sowie der Städte Zürich und Luzern besuchen, sowie entsprechende Institutionen und Unternehmen in ausgewählten Ländern des benachbarten Auslands, bekommen sie auch einen Einblick in verschiedenste Facetten des jeweiligen Staatswesens, sowie der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Wertsysteme.

Die Inhalte der Provinzprogramme im Rahmen des SSMTTP reflektieren die aktuellen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen in den weniger entwickelten Regionen Chinas. Das SSMTTP fungiert hier als Inkubator und Sponsor neuer Projekte in Bereichen der Sozialen Sicherheit und des nachhaltigen Umweltmanagements. Letzteres verlangt besondere Kenntnisse der lokalen Bedingungen in den entsprechenden Regionen etwa auf den Gebieten der Forstverwaltung, der Wasserwirtschaft und der Abfallwirtschaft. Das spiegelt das zunehmende Verständnis der Chinesischen Regierung wider, dass das jährliche Wachstum des BIP signifikant durch den rasanten Anstieg bei Umweltschäden reduziert wird. Als Ergebnis der

Provinzprogramme im Rahmen des SSMTF wurden lokale Umweltgesetze in einigen der betroffenen Regionen bereits entsprechend adaptiert.

Über diese speziellen Provinzprogramme in den weniger entwickelten Regionen im Hinterland Chinas leistet das SSMTF einen entscheidenden Beitrag zu einer nachhaltigen Reduzierung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Unterschiede zwischen den entwickelten Gebieten im Osten des Landes, und den zum Teil noch sehr unterentwickelten Gebieten Zentral- und Westchinas. Der Abbau dieser Disparitäten kann wiederum einen Beitrag zur Verbesserung der Einhaltung der Menschenrechte leisten.